

"Die Saar und Europa" in Het Parool (26. April 1952)

Legende: Am 26. April 1952 untersucht die niederländische Tageszeitung Het Parool die deutsch-französischen Beziehungen anhand der Lösung der Saarfrage.

Quelle: Het Parool. Vrij Onverveerd. dir. de publ. Van Norden, W. 26.04.1952, n° 2 238; 12. Jg. Amsterdam: Het Parool. "De Saar en Europa", p. 5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/die_saar_und_europa_in_het_parool_26_april_1952-de-18fa39d1-c93c-4c27-8439-7d439db7aa85.html



Publication date: 05/07/2016

Die Saar und Europa

Der deutsch-französische Konflikt um das Saargebiet ist nach wie vor ein ernstes Hindernis für die europäischen Integrationsversuche. Nicht weniger groß ist dieses Hindernis für die Weiterentwicklung der westeuropäischen Verteidigungskräfte, da nun die deutsche Opposition beide Angelegenheiten – die Zukunft des Saarlands und die Eingliederung Deutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – unlöslich aneinander gekoppelt hat. Sie hat in den Debatten im Bundestag gefordert, dass die „Beteiligung Westdeutschlands an der europäischen Integration vollständig von einer Regelung der Saarfrage im Sinne des deutschen Standpunkts abhängig gemacht“ werde. Der Sozialdemokrat Ollenhauer warnte Adenauer davor, den EVG-Vertrag voreilig zu unterzeichnen.

Vor etwa einem Monat sah es danach aus, als ob eine Versöhnung zwischen Adenauer und dem französischen Außenminister Schuman – was noch keineswegs eine Lösung des Problems ist – zustande gekommen wäre. Adenauer wollte damals die Saarfrage beim Europarat in Straßburg anhängig machen. Ein Gespräch mit Schuman ließ ihn seine Meinung ändern. In Paris vereinbarten beide, dass eine gemischte Kommission die gesamte Problematik untersuchen und beide Regierungen über Lösungsmöglichkeiten beraten solle. Die Tatsache jedoch, dass die getroffenen Vereinbarungen besonders vage waren, hat sich jetzt gerächt. Schuman hat später gesagt, dass die Vertreter des Saarlandes selbst in der Untersuchungskommission auf einer Stufe mit den französischen und deutschen Mitgliedern stehen würden. Deutschland will davon nichts wissen. Bonn möchte lediglich eine deutsch-französische Kommission. Eine zweite unterschiedliche Interpretation bezieht sich auf die Frage, ob die Verhandlungen zwischen den Parteien über eine endgültige Regelung gleich beginnen sollen oder erst, nachdem die Ergebnisse der Untersuchungskommission vorliegen. Frankreich möchte die Verhandlungen zum Saarstatut sofort, noch vor dem endgültigen Friedensvertrag mit Westdeutschland, starten. Davon hält Adenauer nichts. Beide berufen sich auf die getroffenen Vereinbarungen. Es liegt jedoch kein publiziertes, offizielles Dokument über die Besprechung zwischen Schuman und Adenauer vor. Alles ist festgelegt in dem nicht publik gemachten Schriftwechsel zwischen ihnen.

Schließlich gibt es noch einen dritten, in der Pariser Konferenz festgelegten Punkt, der womöglich noch vager und undeutlicher ist: den Vorschlag, die Saar zu „europäisieren“. Demnach soll das Saarland der Sitz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, ja sogar des Europarates werden. Soll das dann aber auch heißen, dass das gesamte Gebiet zu einem europäischen föderalen Gebiet werden soll, wie beispielsweise Jakarta zur Zeit der Föderationspläne vor der Souveränitätsübertragung, oder wie der Distrikt Columbia in den Vereinigten Staaten? Wäre in diesem Fall Frankreich der alleinige Nutznießer der wirtschaftlichen Vorzüge dieses Gebiets?

Die Gespräche über die Verbesserung der Infrastruktur der Stadt Saarbrücken und der wenig komfortablen Zugverbindungen mit den europäischen Hauptstädten wurden erst vor kurzem aufgenommen. Nicht ganz zu Unrecht betrachten die Deutschen diesen Vorschlag Schumans, der bislang in keinerlei Weise konkretisiert ist, lediglich als einen Propagandafeldzug, um den Amerikanern und möglicherweise auch vielen Europäern Sand in die Augen zu streuen und die eigentlichen, rein nationalistischen Absichten Frankreichs zu kaschieren. Frankreich geht unserer Meinung nach allzu leichtfertig mit den europäischen Plänen um. Die französische Politik sieht in Wirklichkeit anders aus.

Adenauer hat inzwischen, nach einem letzten Brief von Schuman, in dem dieser erklärt, dass Frankreich keine Mitglieder in die gemischte Kommission für das Saarland berufen werde, mitgeteilt, dass eine Regelung des Problems vorerst nicht möglich scheine. Damit hat er eine empfindliche Niederlage erlitten, wenn auch nicht ganz durch eigene Schuld. Übrigens kann man von den Westdeutschen, die um die Rückgabe der durch Russland annektierten Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze kämpfen, schwerlich erwarten, dass sie dieses durch Sprache und Kultur zweifelsohne deutsche Gebiet ohne weiteres endgültig abtreten. Dieses Argument muss auch den westeuropäischen Staatsmännern einleuchten. Schließlich könnte der Verweis auf diesen möglichen Präzedenzfall Russland in seiner Forderung bestärken, den Status quo an der heutigen polnischen Grenze aufrechtzuerhalten.

Das ganze Gerangel zeigt, dass weder Frankreich noch Deutschland etwas anderes tun, als eine nationale

Politik zu betreiben, mit welchen wohlklingenden europäischen Worten sie dies auch zu verschleiern versuchen. Das Misstrauen zwischen beiden Völkern wird durch dieses Problem ständig genährt. Damit verringern sich die Chancen für eine reale Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn, die den Kern jeglicher Integration in Europa bilden soll. Im gleichen Maße erhöhen sich die Risiken, die mit den bereits in Vorbereitung befindlichen Integrationsplänen einhergehen. Die nackten Zahlen sprechen indes für sich. Die deutschen Exportzahlen übersteigen mittlerweile die französischen (und englischen). Diese Entwicklung wird sich noch beschleunigen, wenn die heutige Situation, in der Deutschland keine eigenen Verteidigungsbeiträge leisten muss, während England und Frankreich durch schwere finanzielle und wirtschaftliche Lasten für militärische Ausgaben gedrückt werden, noch lange anhält. Wir wollen den Deutschen die Wirtschaftserfolge nicht missgönnen, aber wir würden es doch vorziehen, wenn diese ökonomische Blüte Europa als Ganzem zugute käme und nicht allein einem durch nationale Minderwertigkeitsgefühle – die durch die französische Haltung, nicht nur in Sachen des Saargebiets, noch gestärkt werden – gefährlichen Deutschland zufiele. Sonst ist zu befürchten, dass die wirtschaftliche Gesundung bald für neue Eroberungspläne nutzbar gemacht wird. Es könnte nämlich durchaus sein, dass Frankreich durch seine Haltung gerade das heraufbeschwört, was es zur Rechtfertigung seiner Haltung zu fürchten behauptet: einen aggressiven deutschen Nationalismus.